



Liebe Genossinnen und Genossen,

leider ist Gesine Schwan am 23. Mai nicht zur ersten Bundespräsidentin gewählt worden. Ich bedaure dieses sehr. Gesine Schwan hätte dem Amt der BundespräsidentIn eine neue Statur gegeben. Nun liegt es bei Horst Köhler zu zeigen, wie in und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise das Präsidentenamt neu gefüllt wird. Besonders enttäuscht hat mich das Stimmverhalten einiger Grünen. Zumindest ist aber damit aber eines klar: Der vielzitierte Beginn einer Siegestour von CDU/CSU und FDP hinsichtlich der Bundestagswahl ist das Ergebnis von 613 Stimmen im ersten Wahlgang nicht!

Am 17. Mai hat die Landesvertreter(innen)versammlung der Berliner SPD die Landesliste für die Bundestagswahl festgelegt. Ich habe für Platz 4 kandidiert und diesen Platz auch errungen. Mein Stimmergebnis beruht - wie auch schon beim letzten Mal - auch direkt darauf, dass ich nicht verschweige, einem parteipolitischen Flügel anzugehören.

Mit der Landesvertreter(innen)versammlung hat der Wahlkampf - für Europa, für die Bundestagswahl - neuen Schwung erhalten. Als SozialdemokratInnen haben wir gute Konzepte zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und vor allem auch für die neue Richtung unserer Gesellschaft. Ein bloßes Zurück wird es mit uns nicht geben: Frank-Walter Steinmeier hat uns mit seiner Rede noch einmal kraftvoll einige Botschaften, hat die richtige Richtung aufgezeigt: Unsere gemeinsamen Ziele hier vor Ort für den 27. September sind: Der nächste Bundeskanzler heißt Frank-Walter Steinmeier und Mechthild Rawert wird wieder direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg.

Doch auch wenn der Wahlkampf bereits eingeläutet und die parteipolitischen Gegensätze innerhalb der Großen Koalition immer deutlicher spürbar werden, die parlamentarische Arbeit läuft weiter. So werden wir in der laufenden Plenarwoche über wichtige lang und intensiv diskutierte Themen entscheiden. Nennen möchte ich an dieser Stelle als Beispiele die Namentlichen Abstimmungen über die Patientenverfügung, den Beschluss zur Föderalismusreform und die Diamorphinsubstituierung Schwerstabhängiger. Sollte es zu keiner klaren gesetzlichen Regelung im Betreuungsgesetz kommen, wäre dieses aus meiner Sicht eine gesellschaftspolitische Katastrophe. Betroffene, Angehörige und auch Mediziner warten auf eine klare gesetzliche Grundlage! Namentlich abgestimmt wird auch über die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo an. Ob der 3. Juli tatsächlich der letzte Plenartag der 16. Legislaturperiode wird, steht noch aus.

Mit solidarischen Grüßen

Mechthild Rawert

■ ■ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

29.04.09 Reichstagsführung und Gespräch mit den Tempelberger Jusos

Mit unseren Jusos eine Führung durch den Reichstag im Rahmen des Juso-Mentoringprogramms zu machen und anschließend mit den jungen Genossinnen und Genossen zu diskutieren, macht einfach Spaß. Es würde mich freuen, wenn es weitere Programme dieser Art in unserem Kreis geben würde.

01.05.09 MAI-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Wie in jedem Jahr trafen sich die Genossinnen und Genossen am Wittenbergplatz um gemeinsam für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu demonstrieren. Die Kundgebung am Brandenburger Tor war sehr gut besucht. Über den neuen stabilen Schulterchluss mit den Gewerkschaften bin ich politisch hoch erfreut!

07.05.09 „PartnerIn für einen Tag“

Seit fünf Jahren existiert das Projekt „Partner für einen Tag“. Ähnlich wie beim Girls´ Day sollen Schülerinnen und Schüler das Arbeitsleben an einem Tag kennenlernen. Mich hat in diesem Jahr Charleen, eine Schülerin aus Mariendorf, begleitet. Da an dem SchülerInnenpraktikumstag Plenartag war, begleitete Charleen mich zu einem Koalitionsgespräch zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und hatte auch die Möglichkeit eine Plenardebatte von der Galerie im Reichstag zu verfolgen.

09.05.09 Anti-Homophobie-Kuss-Aktion

Diese „Spontanaktion“ entstand, weil der Wirt einer Eisdielen in der Maaßenstraße einem schwulen Paar das Küssen in seiner Eisdielen mit dem Hinweis, es störe seine andere Kundschaft, untersagen wollte. Vor der Eisdielen versammelten sich viele Menschen aus dem Kiez, darunter auch viele homosexuelle Paare. Eindeutig wurde klargemacht, dass homophobe Äußerungen nicht erwünscht sind.

10.05.09 Tag der offenen Tür der Gartenarbeitsschule

Dass der Bezirk seine Gartenarbeitsschule fördert, wird jedes Jahr deutlich beim Traditionstag deutlich: Ich glaube fast alle KleingärtnerInnen versorgen sich hier mit Pflanzen.

13.05.09 EUROPA-TAG in Tempelhof-Schöneberg

„Vorfahrt für Europa: Starke VerbraucherInnen für ein gutes Klima“ war das Motto unseres Europatages. Zusammen mit Dagmar Roth-Behrendt wurden verschiedene Unternehmen und Vereine im Bezirk besucht: Beim BUND Berlin in der Crellestraße war Energiesparen das Hauptthema und gemeinsam vertraten alle die Ansicht, dass eine energetische Gebäudesanierung notwendig sei. VerbraucherInnen, aber auch das Fachwissen, müssen beim Thema Energieeinsparung stärker unterstützt werden. Dagmar Roth-Behrendt und ich begrüßen daher das Modell des „Berliner Energiechecks“ für MieterInnen. Anschließend wurde der Infopoint von mstreet, einem Netzwerk für Medienunternehmen rund um die Potsdamer Straße, welches sowohl von der EU als auch von den Bezirken Tempelhof-

Schöneberg und Mitte finanziert wird, sowie der Fernsehsender TIMM von mstreet besucht. Hier wurde spontan noch ein Spot zur Europawahl gedreht.

Auf der anschließenden Veranstaltung mit Bühnenprogramm auf dem Winterfeldtplatz bekamen Tillmann Heuser vom BUND Berlin, Reiner Wild vom Berliner Mieterbund und Tanja Loitz von co2online die Gelegenheit mit Dagmar Roth-Behrendt und Mechthild Rawert unter der Moderation von Annette Fugmann-Heesing, unserer dortigen Wahlkreisabgeordneten, über das Thema Energiesparen zu diskutieren. Mit dem Satz „Mit einer SPD-geführten Regierung gibt es einen weiteren Ausstieg aus der Atomkraft - wir SozialdemokratInnen stehen für die Fortentwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energie“ bezog ich eindeutig Position.

Europa ist auch in Tempelhof-Schöneberg zu Hause – so das Fazit des Tages. Wir gehen wählen!

15.05.09 Lange Öffnungszeiten am Bayerischen Platz

Sehr lebendig und voll war das von Gewerbetreibenden rund um den Bayerischen Platz veranstaltete Event und die Bürgerinnen und Bürger kamen: Ich begrüße diese von Nachbarschaften organisierten Veranstaltungen zur Stärkung der örtlichen Unternehmen und zur Stärkung von Gemeinschaft vor Ort sehr. Erstaunlich auch, was sich alles hinter den jeweiligen Ladentüren verbirgt – wunderbar!

24.05.09 Festakt des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Anlässlich der diesjährigen Preisverleihung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz fand im Haus der Kulturen der Welt ein Festakt statt. Zum Botschafter für Demokratie und Toleranz wurde auch der aus Schöneberg stammende Vizepräsident des Berliner Fußballbundes Gerd Liesegang ernannt.

■ Einladungen zur Teilnahme als Referentin

Auch im Mai bin ich als MdB in der Funktion Referentin unterwegs gewesen, hier einige Beispiele:

04.05.09 Frauen Macht Karriere

In Stuttgart habe ich die Bundesversammlung des Berufsverbandes Hauswirtschaft mit meinem Referat eröffnet. Hauswirtschaftliche Dienstleistungen werden - auch durch den demographischen Wandel - zunehmend wichtiger. Die Qualifizierung in diesem Berufsfeld, aber auch die gesellschaftliche Anerkennung der hauswirtschaftlichen Berufe gilt es zu stärken.

08.05.09 Gesundheitsrecht

Seit acht Jahren existieren die von Prof. Dr. Helge Sodan, Rechtswissenschaftler an der FU Berlin organisierten Gespräche. Unter dem Titel „Das deutsche Gesundheitswesen vor der Bundestagswahl“ diskutierten VertreterInnen aller Fraktionen die Zukunft des Gesundheitswesens - und wieder wurde deutlich: Gesundheitspolitik ist einer der größten Dissenspunkte zwischen den politischen Lagern. CDU und FDP stehen nach wie vor für eine stärkere Privatisierung wie für das Solidarprinzip.

19.05.09 Gesund und sicher essen

so Titel und Ziel der Veranstaltung der Berliner SPD-Abgeordnetenhausfraktion. Auf der Grundlage des sicherlich noch zu verbessernden nationalen Verbraucherinformationsgesetzes wird auch in Berlin diskutiert, wie VerbraucherInnen verstärkt über die hygienischen Verhältnisse in Gaststätten und Restaurants informiert werden können. Furore gemacht hat die „Ekelliste“ eines Berliner Bezirkes. Noch bleiben viele Fragen offen. Ich begrüße es aber, dass sich Politik und Öffentlichkeit diesem Thema immer stärker zuwendet.

■ Ausblick auf die kommenden Wochen

Die letzte Maiwoche ist Sitzungswoche. Danach geht es u.a. folgendermaßen weiter:

- 05.06.09 2. Bundespresseamtsfahrt 2009 mit BürgerInnen aus Tempelhof-Schöneberg
- 09.06.09 30 Jahre UfA-Fabrik
- 11.06.09 Erstes „Sommerfrühstück“ zusammen mit MultiplikatorInnen aus den Migrationsverbänden bzw. -vereinen
- 11.06.09 „Die Große Koalition auf dem Prüfstand“ lautet der Titel der AsF - Veranstaltung mit Petra Merkel, Mechthild Rawert, Dr. Eva Högl. Es soll eine frauenpolitische Bilanz der letzten Legislatur gezogen werden.
- 14.06.09 Bundesparteitag mit Beschluss des Regierungsprogramms
- 19.06.09 30 Jahre „Leben lernen e.V.“ - Jubiläumsfeier
- 21.06.09 Motzstraßenfest
- 26.06.09 Sommerfest der Wohnungslosentagesstätte Schöneberg
- 27.06.09 CSD in Berlin

■ ■ Aus dem Bundestag

Schwangerschaftskonfliktgesetz

Der Bundestag hat am 13. Mai in einem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag die Regelungen für Spätabtreibungen neu geregelt. Der von mir unterstützte Gruppenantrag rund um Christel Humme hat leider nicht die parlamentarische Mehrheit bekommen. Ich bedauere dieses sehr, da ich wie der Bundesverband der Frauenärzte oder auch der Bundesverband pro familia der Meinung bin, dass nun wieder mehr Frauen aus Deutschland zum Schwangerschaftsabbruch ins benachbarte Ausland ausweichen werden. Mit der Einführung einer starren 3-Tages-Frist zwischen Diagnose und Indikation, der Androhung von Bußgeld in Höhe von 5.000 Euro und der Pflichtberatung wird ein Thema bürokratisiert, das zu den sensibelsten und schwierigsten im Leben einer Frau gehört. Aus meiner Sicht wird mit dem neuen Schwangerschaftskonfliktgesetz zu sehr in das Vertrauensverhältnis zwischen Patientin und Ärztin/Arzt eingegriffen und das Recht der Frau auf Selbstbestimmung im sensibelsten Lebensbereich beschnitten. Für mich greift der nun verabschiedete Gruppenantrag (Singhammer und Griese) zu weit weil:

Künftig ist eine Drei- Tages- Frist zwischen der medizinischen Indikation und einem möglichen Schwangerschaftsabbruch - außer bei Gefahr für Leib und Leben - zwingend vorgeschrieben. Für viele Frauen ist diese Mindestfrist aber eine unzumutbare Härte. Jeder Schwangerschaftsabbruch ist für Schwangere und ihre Partner eine der schwersten Entscheidungen ihres Lebens. Schwangere brauchen ausreichend Bedenkzeit, die nicht per Handstrich vom Gesetzgeber verordnet werden kann. Außerordentlich bedauerlich ist, dass die Forderungen nach Information und einem Rechtsanspruch auf Beratung der Frauen schon ab Beginn der Schwangerschaft keine Mehrheit im Plenum gefunden haben. Damit hätten alle Frauen noch frühzeitiger als sonst Informationen über finanzielle Hilfen und Rechte von Familien mit behinderten Kindern und über vorgeburtliche Untersuchungen erhalten. Nun haben Schwangere erst dann einen Rechtsanspruch auf umfassende Beratung durch die ÄrztInnen, wenn eine Schädigung des Kindes festgestellt wurde. Die jetzt beschlossene Vermittlungspflicht von Ärztinnen und Ärzten in eine psychosoziale Beratungsstelle ist überzogen und greift in die Berufsfreiheit von Ärztinnen und Ärzten ein.

Wenn eine Ärztin oder ein Arzt gesetzeswidrig eine Indikation ausstellt oder einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt, macht sie oder er sich schon heute strafbar. Es drohen Geld- oder Freiheitsstrafe. Diese Regelungen haben sich bewährt und hätten keiner Ergänzung durch Bußgeldregelungen im Schwangerschaftskonfliktgesetz bedurft.

Mutterschutz

Eine zweite für mich bedauerliche Entscheidung wurde in der SPD-Bundestagsfraktion getroffen. Auf Initiative der Europäischen Kommission hat die SPD-Fraktion einen Entwurf zur Änderung des Mutterschutzes eingebracht. Die Europäische Kommission will die Dauer des Mutterschutzes auf 18 Wochen einheitlich in der EU festlegen.

Die Fraktion hat mehrheitlich beschlossen dieser gewünschten Regelung folgen zu wollen. Die Ausweitung des Mutterschutzes von 14 auf 18 Wochen ist für mich frauenpolitisch kein guter Weg, die beruflichen Chancen von Frauen zu stärken. Als Gesundheitspolitikerin bin ich auch der Meinung, dass damit ein in Deutschland vorhandenes sehr gutes System nicht verbessert, sondern nur verteuert wird. Ich erkenne auch den großen Mehrwert in der Familienförderung nicht.

Die Maßnahmen des Mutterschutzes sind grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, dass hier nicht auf die Einhaltung von Mindeststandards geachtet wird, sondern ein gut funktionierendes System angegriffen wird. Schließlich haben wir weitreichende Regelungen für Schwangere und für Mütter nach der Geburt. Auch alle gesetzlichen Regelungen rund um Elternzeit und Elterngeld müssen wieder angeglichen werden.

Genmaisverbot

Am 13.05.09 wurde ein Antrag der Grünen zum Verbot des Anbaus von Genmais namentlich abgestimmt. Ich habe der Beschlussempfehlung auf Ablehnung des Antrags der Grünen zugestimmt, da er in wesentlichen Punkten bereits erledigt war. Viele Forderungen sind und bleiben allerdings richtig, so dass ich eine persönliche Erklärung abgegeben habe:

Im April 2009 hat Bundesministerin Aigner den Anbau des Mais Mon810 verboten. Im europäischen Umweltrat hat sich schon zuvor Bundesminister Gabriel dagegen ausgesprochen, dass Europa auf einer Aufhebung des in Österreich und Ungarn bereits seit längerem bestehenden Verbots des Anbaus von Mon810 besteht. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt beides ausdrücklich. Auch Frankreich, Polen, Griechenland und Luxemburg, wo der Anbau von Mon810 ebenfalls untersagt ist, dürfen von der EU nicht gezwungen werden, den Anbau wieder zuzulassen. Einen Eilantrag der Firma Monsanto gegen das Verbot, Genmais der Linie MON 810 anzubauen, hat das Verwaltungsgericht Braunschweig am 5.5.09 abgelehnt. In der Begründung heißt es, dass neuere Untersuchungen darauf hindeuten könnten, dass der im Genmais produzierte Giftstoff nicht nur gegen den Schädling wirke, der damit bekämpft werden solle, sondern auch gegen weitere Insekten. Außerdem sei nach aktuellen Studien davon auszugehen, dass sich die Genmais-Pollen deutlich weiter verbreiten können, als dies bisher angenommen wurde.

Das Verbot des kommerziellen Anbaus von Mon810 ist die Konsequenz aus dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Schutz von Mensch und Umwelt als oberstem Ziel gemäß dem Vorsorgegrundsatz. Weitere Konsequenzen müssen auf EU- Ebene die Ablehnung der Neuzulassung von Mon810 und der Zulassungen der gentechnisch veränderten Maissorten Bt11 und 1507 sein, denn ähnlich wie bei Mon810 können auch bei diesen Konstrukten negative Effekte auf Insekten und andere Organismen nicht ausgeschlossen werden.

Wir sind uns in der SPD-Fraktion einig, dass der Vorsorgegrundsatz im EU- Zulassungsverfahren stärker Rechnung getragen werden muss. Deshalb hatten wir mehrere Antragsentwürfe erarbeitet, mit denen die Bundesregierung beauftragt werden sollte, sich auf EU- Ebene für eine Überarbeitung der Gentechnikregelungen einzusetzen. Darin fordern wir u.a. ein transparentes und demokratisches Zulassungsverfahren, das sicherstellt, dass neben der unbedingten Einhaltung des Vorsorgeprinzips weitere Aspekte des gesellschaftlichen Interessenausgleichs (z.B. Folgekosten) einbezogen werden. Wichtig ist uns auch die Absicherung der gentechnikfreien Regionen. Wir wollten zum Einen die Bundesregierung beauftragen, sich auf EU- Ebene für eine verbindliche Regelung für gentechnikfreie Regionen einzusetzen, zum Anderen haben wir einen Weg aufgezeigt, wie auch auf nationaler Ebene mit einer fruchtartspezifischen Lösung bereits jetzt mehr Verbindlichkeit für gentechnikfreie Regionen geschaffen werden könnte.

Unsere Entwürfe konnten nicht eingebracht werden, weil der Koalitionspartner CDU/CSU die Unterstützung verweigert hat. Auch die CSU- Kollegen waren nicht bereit, unsere Initiativen zu unterstützen - obwohl die CSU in Bayern diese Forderungen öffentlich vertritt.

.

■ ■ Kontakt und Impressum

Mechthild Rawert, MdB, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin,
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, E-Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
WEBSITE: www.mechthild-rawert.de